
„Schwäche“ als Instrument politischer Selbstbehauptung

Europa und das Politische im 21. Jahrhundert

Massimo Cacciari

In welche Gedanken und Konzepte sollen wir Europa also fassen – dieses bislang noch immer unidentifizierte, „schwache“ politische Objekt? Kann ein Organismus, *der aus der eigenen politischen Schwäche ein Instrument der Selbstbehauptung gemacht hat, oder vielleicht auch erst noch machen will*, über seinen gegenwärtigen Zustand hinaus aus eigener Kraft voranschreiten? Und: Kann er es auch nicht tun? Kann er sich entwickeln – *und zugleich* derselbe bleiben? Auf den Kontinent bezogen: Kann sich Europa entwickeln – *und zugleich* dasselbe bleiben? Und umgekehrt: Kann es sich nicht entwickeln – *und sich dabei* verändern? Welche Rolle könnte dabei *Schwäche als politisches Instrument* spielen – analog vielleicht zur Rolle des „schwachen Denkens“ als hermeneutisch-kritisches und ethisches Instrument in der Philosophie?

I

Jede Vorstellung zur *Zukunft* Europas muss sich dem Vergleich mit dem stellen, was Europa heute tatsächlich *ist*. Es wäre verständlich, wenn sich jemand angesichts des noch keineswegs weit zurückliegenden, viele Jahre währenden Blutvergießens im Südosten und Osten des Kontinents oder der aktuellen Migranten- und Flüchtlings-Krisen zur Behauptung verleiten ließe, dass Europa – politisch gesehen – eben noch *nicht* existiert. Ebenso wenig wäre es verwunderlich, wenn dieser jemand meinte, das Problem samt der Frage nach der Zukunft damit ebenso schnell wie realistisch gelöst zu haben: nämlich negativ.

Eine solche „Lösung“: Europa existiert (noch) nicht, also brauchen wir darüber auch nicht vertieft nachdenken, und schon gar nicht philosophisch, wäre allerdings keine. Sie wäre nichts anderes als ein Symptom programmatischer Ungeduld. Sie wäre vielleicht auch ein Zeichen politischer Romantik.

In Wahrheit, so glaube ich, sind die augenscheinlichsten Zeugnisse politischer Ohnmacht, die sich Europa in diesen Jahren selbst ausgestellt hat, auf die Grundlagen seines politischen Selbstverständnisses zurückzuführen. Das hat viel mit Philosophie, mehr noch: mit philosophischen Grundentscheidungen zu tun. Wenn Europa an den Schauplätzen, an denen die Krise vergangener Gleichgewichte ins Endstadium getreten ist, nur unter extremen Schwierigkeiten oder überhaupt nicht dazu fähig ist, seiner ersehnten Hauptdarsteller-Rolle gerecht zu werden, dann müssen wir den Versuch wagen, die Gründe dafür in den zugrundeliegenden Leit-Ideen europäischer Politik selbst zu suchen. Diese werden derzeit meist negativ gefasst. Wir müssen sie aber positiv formulieren.

Genauer – und als Frage für die Zukunft des europäischen Projekts – formuliert: Kann der Umstand, dass Europa den Anschein eines „unidentifizierten politischen Objekts“, also eines „schwachen“ Objekts erweckt, wie es heute nicht nur die Amerikaner formulieren, als *Ausdruck seiner ganz speziellen Wesensart* gedeutet werden? Und kann vielleicht eben aus dieser Wesensart eine positive Zukunft seines Politischen erwachsen? Welcher Art könnte diese Zukunft sein?

II

Tatsächlich endete das 20. Jahrhundert mit einem außerordentlichen Ereignis, dem nicht nur politisch, sondern auch symbolisch große Bedeutung zukommt. Die Einführung der Einheitswährung, des „Euro“, in den Jahren 1999-2002 beendete einen auf Handel und Wirtschaft begrenzten Integrationsprozess, der die Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert geprägt hatte. Dieser Integrationsprozess war über viele Jahre gerade dadurch verwirklicht, dass die Begrenzung auf Handel und Wirtschaft ins Zentrum des Entwurfs von Integration gestellt wurde.

Das heißt: Das Wissen um die begrenzten Möglichkeiten von Integration und ihre „weise“ Einschränkung auf einen eng umrissenen Bereich hat die Europas Vision in den vergangenen 50 Jahren dazu befähigt, ihre Einigungsräume rigoros nur innerhalb wirtschaftlich-finanzieller Grenzen zu suchen.

Das *politisch nicht identifizierbare Objekt Europa* ist also das Ergebnis einer durchaus durchdachten und (im eigentlichen Sinn) selbstbewussten politischen Strategie, die auf Wirtschaft konzentriert war. Jetzt zu behaupten, wie es manche tun, dass sich die Frage nach der „politischen Form“ Europas erst jetzt, nämlich in der wohl tiefsten Krise des bisherigen Integrations-Projekts, stellt, wäre erneut nichts anderes als politische Romantik. Denn der überwältigende Erfolg der *wirtschaftlichen* Integration gründet gerade in der *politischen* Schwäche der europäischen Nationalstaaten – die die Zeitgeschichte nur formal als „Mächte“ bezeichnet.

Wer sich diese Tatsache nicht immer wieder vor Augen hält, kann und wird die Ereignisse der Gegenwart und der ihr bereits immanenten Zukunft nicht verstehen.

III

Die Konzentration auf Wirtschaft hatte ihre Gründe. Auf der politischen Machtbasis der europäischen Staaten wäre nur die unendliche Fortsetzung der „Bürgerkriege“ der Nationen gegeneinander vorstellbar gewesen. Eine „Lösung“ interner Konkurrenz durch den Sieg eines dieser Staaten über die anderen wäre und ist undenkbar. Das ist die tragische Lehre des „langen Jahrhunderts“ von 1848 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945.

Gerade wegen – und nicht etwa trotz – dieser außerordentlichen politischen Konstellation der europäischen Staaten konnte der Integrationsprozess am Ende des Bürgerkrieg-Jahrhunderts (des 20. Jahrhunderts, in dem die Bürger, nicht die Klassen verschiedener Staaten einander bekämpften) zustande kommen. Die Nutzung der heutigen Schwäche – oder noch etwas unverhüllter ausgesprochen: die Nutzung der Krise der europäischen Nationalstaaten – hat unter dem Druck der Globalisierungsfaktoren Wirtschaft, Geldwesen, Technologie und Kultur am Ende des 20. Jahrhunderts das außergewöhnliche Produkt der Einheitswährung hervorgebracht. Und damit hat ausgerechnet die Nutzung politischer Schwäche durch Wirtschafts- und monetäre Faktoren einen einheitlichen und einheitlich verwaltbaren Raum für Europa geschaffen.

IV

Dreizehn Jahre nach Einführung des Euro hat sich *diese* Einheit trotz verschiedener Erschütterungen mehr oder weniger konsolidiert. Wie sollen wir uns Europa aber *von nun an* denken? Welche Ideen liefert seine Schwäche-Verfasstheit für seine gegenwärtige und künftige Gestalt?

Die Entstehungsgeschichte des heutigen Europas ist ohne Zweifel ein bestimmender Faktor, wenn es um das gegenwärtig mögliche Gefüge und um den künftigen Wandel geht. Die Frage muss an dieser Stelle wiederholt werden: Kann ein Organismus, der aus der eigenen politischen Schwäche ein Instrument der (wirtschaftlichen) Selbstbehauptung gemacht hat, über den gegenwärtigen Zustand hinaus vorwärts schreiten? Trägt er in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit den Keim künftiger, mehrgestaltiger Metamorphosen in sich? Oder sind solche

Metamorphosen nur in Form von Katastrophen denkbar, das heißt angestossen durch jähe Umwälzungen (wie es vielleicht die Flüchtlingskrise ist)?

V

Wir kommen nicht umhin, hier bei den *Ideen* anzusetzen, die heute das politische Handeln in Europa bestimmen. Es gibt eine regelrechte (und unschwer definierbare) *Maastricht-Philosophie* – die noch immer sehr weitgehend im Zeichen der Geschichte *vor* der Währungs-Integration steht. Ihr Grundprinzip, ihr *fundamentum inconcussum*, von dem jegliche weitere Beweisführung zur Existenzberechtigung des europäischen Projekts ausgeht, das seinerseits aber als Axiom unbeweisbar ist, heißt *Stabilität*. Die Traumata, die wiederholten Schrecken des „großen Bürgerkrieges“ zwischen den Nationen in der europäischen Geschichte haben fast zwangsläufig zu diesem Axiom geführt.

Der Wert dieses Axioms *Stabilität* reicht in der heutigen Wirklichkeit Europas über reine Haushalts- oder Finanzkriterien hinaus. Mit ihm fällt eine weitreichende und grundsätzliche politische Entscheidung. Sie lautet: Es gilt, rein politische Entscheidungen zu verhindern. Denn unter ihnen könnte das Netz der reziproken Interessen auf der Basis wirtschaftlicher Vorteile zerreißen – und so den Integrationsprozess ohne Halt: ohne den bisherigen Basiskit zurücklassen.

VI

Aber nicht genug damit. Im Gefolge des Stabilitätsprinzips findet sich auch das Dogma von der *Irreversibilität der Integrations-Prozesse*. Integration, so heißt es, muss sich ständig konsolidieren, durch sich selbst bestätigen und weiterentwickeln, wenn sie nicht ihre Stabilität einbüßen will. Und diese Entwicklung darf nicht umkehrbar sein, wenn sie nicht zur Gefahr für das eigene Fundament werden will. Anders gesagt: Die Folgephasen der Integration müssen sozusagen immer schon von den jeweils vorhergehenden „vorausgesetzt“, in ihnen bereits angelegt, ja impliziert sein. Was Sinn macht, sind also keine Sprünge, keine Kurzschlüsse. Sondern Evolution, Entwicklung, „natürliches Wachstum“ *einmal erreichter Stabilität*.

VII

Bei genauerer Betrachtung spielt hier eine ganze *Philosophie der Zeit* herein – nämlich der gesamte Bedeutungsumfang dessen, was man heute im Sinn eines technischen Funktionalismus „Projekt“ nennt. Die Zeit wird dabei verstanden als die lineare Funktion des Gleichgewichts zwischen den Faktoren eines Zustandes. Die Inhalte eines bereits gegebenen Zustandes extrapoliert man aus der Analyse seines Gleichgewichts; und man projiziert sie dann einfach in die Zukunft. Die Zeit ist nichts anderes als das Medium dieser Projektion. Das „beste Projekt“ für Europa besteht demnach in der Optimierung des „organischen Wachstums“ der bereits gegebenen Faktoren und der Stabilität ihres Gleichgewichts.

VIII

Man würde es sich zu leicht machen, wollte man die geradezu archaische epistemologische Starrheit dieses Modells und den naiven historistischen Fortschrittsglauben kritisieren, den es enthält. Andererseits würde ein indeterministischer Probabilismus – ein auf „Ereignis“ statt „Stabilität“ ausgerichtetes Selbstverständnis – auch die gesamte Statik der Grundsätze ins Wanken bringen, auf denen die europäische Integration heute aufruht. Denn jedes Modell, *Möglichkeiten einzubauen, die die Logik eines „Aktes“ einbeziehen*, würde dazu führen, dass die weiteren Phasen von Europas Entwicklung unter Umständen auch *keine* organische Entwicklung des bestehenden Zustandes darstellten – und daher dessen Gleichgewicht auch nicht gewährleisten könnten.

Das impliziert in gewisser Weise, dass es solche „Ereignisse“ oder „Akte“ der Entwicklung wenn, dann überhaupt *nur als politische Entscheidungen* geben kann. Und das wiederum ist genau das, was vom Axiom „Stabilität“ keinesfalls zugelassen werden darf. Für das *fundamentum inconcussum* (wirtschaftliche) Stabilität ist es ausschlaggebend, dass die Entscheidung über die weitere Entwicklung *ent-politisiert* wird – dass sie in ein administratives Kalkül umgewandelt wird. Auf die kürzeste Formel gebracht: Ohne eine Ent-Politisierung des europäischen Integrationsprozesses gibt es keine Gewähr für seinen Erfolg.

IX

Der Schachzug der Entpolitisierung (und damit die Fortsetzung der politischen Schwäche Europas zugunsten eines administrativen Automatismus) *kann* gelingen – aber nur unter einer Bedingung. Diese Bedingung (die übrigens seit jeher Bestandteil der fortschrittsorientierten Geschichtsphilosophie liberaler Färbung war) lautet: Stabilität und Irreversibilität des Systems und seiner Entwicklung können nur dann immanent, also „organisch“ gesichert werden, *wenn der Kanon der freien Marktwirtschaft respektiert wird*. Nur der Marktmechanismus kann, allem Anschein nach, irreversible Stabilität überhaupt möglich machen – und Abweichungen von ihrer Norm-Entwicklungslinie auf einen akzeptablen Schwankungswert begrenzen.

X

Die Vorstellung eines stabilen Fortschritts, gleichgesetzt mit fortschrittlicher Stabilität, auf der Grundlage halb-automatisierter oder wenigstens anonymer, nämlich weder dem Zufall noch der Willkür ausgesetzter Mechanismen: das ist selbstverständlich aber eine *althergebrachte Utopie*, vielleicht sogar die Quintessenz der modernen Utopie. Denn worin besteht schließlich Utopie für die Moderne, wenn nicht in einer gewissermaßen automatischen Entwicklung von Wissen, Technologie und Wohlstand unter Ausschluss von stringent politischen Konflikten und expliziten politischen Entscheidungen?

XI

Zusammenfassend gilt: Die für die Entwicklung Europas heute noch immer bestehende Utopie repräsentiert das Utopische *aller* modernen Utopien – nur mit einem gegenüber früheren Ansätzen veränderten Wirklichkeitsbezug. Die *moderne Utopie* war stets wie ein Morgenrot, das den *Aufstieg der Nationalstaaten* begleitete und beleuchtete. Die heute im Zentrum stehende Utopie „*irreversibler Stabilität*“ dagegen steht im Zeichen des unausweichlichen und irreversiblen *Niedergangs der Nationalstaaten und ihres bisherigen Politischen*. Der Glaube an die Möglichkeit, dass rein administrative, apolitische Automatismen greifen, um Europa zum Guten zu verändern, hat ungemein an Boden gewonnen. Kein demokratischer Staat kann sich heute mehr vorstellen, die Landkarte Europas unter Berufung auf seine nationale Macht neu zu gestalten. Im Gegenteil: Tatsächlich ist es so, dass wirtschaftlich definierte Integrationsgesetze den politischen Machtbereich

der Staaten definieren und begrenzen. Das Kraftpotential der gegenwärtig noch immer gültigen Integrationsgesetze, ihr Lebenszentrum, sind mehr denn je der freie Wettbewerb und der Markt.

XII

Aber es gibt auch noch einen tieferliegenden, nämlich – paradoxerweise – einen *anthropologischen* Grund, der die *Utopie einer progressiv-irreversiblen Entpolitisierung Europas* „realistisch“ macht. Der europäische Mensch empfindet den *Raum Europa* als gesichert. Er empfindet ihn als „Schutzraum“, der mit zunehmender Wirksamkeit die vordringlich bedeutsamen wirtschaftlichen Interessen behütet. Der europäische Mensch erfährt den wirtschaftlichen Integrationsprozess daher wenigstens unbewusst auch als Schlussstrich unter die sogenannten *politischen* Entscheidungen.

Diese Empfindung, in der sich zugleich das Anliegen des europäischen Wohlfahrtsstaates auf Frieden und Dauer um den Preis des „Aktes“ und des „Ereignisses“ spiegelt, hat es den Nationalstaaten überhaupt erst ermöglicht, die inneren ideologischen und kulturellen, aber auch politischen Widerstände zu überwinden, die sich der europäischen Einigung in den Weg stellten. Der europäische *homo democraticus*, rechtmäßiger Erbe des bei Alexis de Tocqueville und Friedrich Nietzsche beschriebenen Menschen, *fordert unterm Strich ein wirtschaftlich starkes und zugleich politisch schwaches Europa* – ob ihm das nun vollends bewusst ist oder nicht.

XIII

Dieser Grundzug der europäischen Situation wird von denen unentwegt verdrängt, welche die „politische Abwesenheit“ Europas in Krisenmomenten beklagen. Sie klagen: Nicht nur seien die Regierungen der europäischen Staaten außerstande, ihre Bürger von einer aktiven Interventionspolitik und den damit verbundenen militärischen und wirtschaftlichen Risiken, aber auch Chancen zu überzeugen. Sondern diese Staaten, so die Klage, setzten sich mit dieser ihrer *politischen Schwäche* auch der Gefahr massiver Gegenreaktionen gegen die europäische Integration aus, falls sich die europäische *Politik* in eine kontinentale oder gar internationale Hauptdarsteller-Rolle vorwagen sollte.

XIV

Das ist eine durchaus berechtigte Beobachtung. Trotzdem hat sie ihre nicht zu übersehenden Probleme. Denn hat die Kreuzung *wirtschaftlicher Stärke* mit *politischer Schwäche* über die Lenkung des Tags hinaus substantielle Zukunftsaussichten? Ist das, was durch diese Kombination erzeugt wird, tatsächlich eine stabile Situation? Oder wird die Utopie der Befriedungs- und Ausgleichsleistung dieser Kreuzung, die heute noch immer dominiert, in den kommenden Jahrzehnten mehr oder weniger rasch ein sozusagen „natürliches“ Ende finden?

Dieser Frage müssen wir uns stellen. Denn der Leitgedanke des bisherigen europäischen Gemeinschaftsgebäudes: dass Stabilität nur über eine Normierung des europäischen Raumes im Rahmen liberalistisch interpretierter Wettbewerbs- und Marktgesetze erreichbar ist, deckt sich offenkundig mit einer *negativen Auffassung von Politik*, die sich der europäische Mensch auch in Folge der tragischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts angeeignet hat. Für ihn ist Politik in der Hauptsache Verursacherin von Krisen und Konflikten.

XV

Man könnte hier durchaus eine Parallele wagen. Der europäische Mensch ist heute bereit, sich *zur Vermeidung politischer Konflikte* mit einer transnationalen Gemeinschaft zu identifizieren, so wie er sich vor Jahrhunderten *zur Vermeidung der Religionskriege* mit dem Staat identifiziert hat, dem *deus artificialis* der Neuzeit und großen Garanten von Einheit.

In dieser Konstellation traut man der Politik Europas bewusst oder unbewusst nicht, was die gute Verwaltung und Weiterentwicklung der erwünschten irreversiblen Stabilität angeht. Das ist spätestens dann ersichtlich, wenn man das System der heute bestehenden europäischen *Gemeinschaftsorgane* näher betrachtet. Es beruht nämlich auf einer augenscheinlichen *Asymmetrie*. Welcher?

XVI

Die meta- oder trans-nationalstaatlichen Organe Europas sind im wesentlichen wirtschaftlich-finanzieller Natur. Ihre Macht wird von meta-staatlichen Rechtsquellen legitimiert. Ihr heiliger Dienst am *fundamentum inconcussum* „Stabilität“ gewährt ihnen alle diejenigen Rechte, die für die Ausübung ihrer Funktion erforderlich sind. Im Gegenzug dazu müssen sich jene Organe, deren Aufgabenbereich die eigentlich

politischen Angelegenheiten der europäischen Gemeinschaft sind, mehrheitlich mit einer notdürftigen Absicherung durch zwischenstaatliche Abkommen zufrieden geben – und damit ihre Legitimierung letztlich weiterhin der Souveränität der einzelnen Nationalstaaten anvertrauen.

XVII

Obwohl die Mehrheit der europäischen Bürger wohl so empfindet, wie ich es dargestellt habe, geht es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht so sehr darum, ob und wie diese Asymmetrie überwunden werden kann. Die Frage, die zunächst näher liegt, ist vielmehr die, *ob die Überwindung dieser Asymmetrie überhaupt erstrebenswert ist*. Denn welcher Weg könnte in Richtung einer solchen Überwindung führen? Welcher wäre sinnvoll, würde nach vorne weisen?

Wohl kaum eine reaktionäre Kehrtwende, also der Weg heraus aus Integration und Transnationalisierung zurück zum Wiedererstarken der „alten“ politisch-zentrierenden und ideologischen National-Mächte. Umgekehrt würde jeder Versuch, die wirtschaftlich definierten Integrations-Mächte Europas demokratisch zu legitimieren, eine – für unsere Gesellschaft typische – Flut von Fragen heraufbeschwören. *Wirtschaftliche Integrationskraft und politische Legitimation müssen, so scheint es, ihrer Natur nach getrennte Wege gehen – jede nach ihrer eigenen Logik*. Denn sowohl für die europäische Einheit, so wie sie bisher aufgebaut wurde, als auch für ihre gegenwärtig hauptsächlich wirtschaftlich definierte und durchgesetzte *Idee* ist es von grundlegender Bedeutung, dass wirtschaftliche und politische Gewalt getrennt werden.

XVIII

Das innere Gleichgewicht Europas ist dergestalt heute *von Natur aus* ein zutiefst asymmetrisches. Wirtschaft dominiert, „politische“ Politik fehlt. Wir müssen die Frage erneuern: Kann ein solches asymmetrisches Gleichgewicht, das die Aktionspläne der europäischen Gemeinschaft heute bestimmt, tatsächlich als *stabil* bezeichnet werden?

Tatsächlich sollen – wiederum vor allem aus Gründen der Stabilität – die *Währungspolitik*, für die die Europäische Zentralbank wenigstens formal zuständig ist, die *gemeinsame Haushaltspolitik* mit ihren zum Teil einschneidenden Wirkungen auf die Steuerpolitiken der Mitgliedsstaaten, die *Sozial- und Beschäftigungspolitik* und schließlich auch die *Regionenpolitik* europaweit harmonisiert werden. Dieses

Quartett europäischer Politiken bildet offenkundig seiner Natur nach ein einziges Gesamt-System. Gleichzeitig sind aber die entsprechenden Zuständigkeiten nicht nur verteilt, sondern treten seit einiger Zeit teilweise in einen Konkurrenzkampf gegeneinander ein.

Auf dem angesprochenen asymmetrischen Fundament zwischen Wirtschaft und Politik bleibt aber den wirtschaftlich-finanziellen Gewalten, die Europas Einigung lenken sollen, in Wirklichkeit nur ein schmaler Spielraum, um ihre Aufgabe zu erfüllen: stark gebundene Staatshaushalte, schwache Sozial- und Beschäftigungspolitiken, eingeschränkte Wiederverteilungs-Kompetenzen. Auch deshalb ist es in Zukunft unvermeidlich (und wird mit dem Erstarken der Europäischen Zentralbank in den jüngsten Krisen einhergehen), dass die *politischen* Gewalten mit dem immer unüberhörbareren Hinweis auf ihre demokratische Legitimation nach mehr Einfluss streben, wenn die Prinzipien der Stabilität und Irreversibilität wirtschaftlich und finanziell – wie derzeit – hinterfragt werden und also auf dem Spiel stehen. So könnte eine weitere Verschlimmerung der Lage auf dem Arbeitsmarkt, zusammen mit interregionalen Gleichgewichtsstörungen, jederzeit zum Ausbruch einer noch größeren Krise führen. *Diese Krise wird im wesentlichen eine Krise zwischen wirtschaftlichen und politischen Logiken in der europäischen Konstellation sein.*

XIX

Eine solche neue Krise ist nicht unvermeidlich. Unvermeidlich ist aber, dass innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nach dem Abschluss der ersten Phase der Einigung, die mit der gemeinsamen Währung erreicht wurde, wieder vorrangig an politischen Problemen, an politischen Entscheidungen gearbeitet wird. Diese Anforderung wird sich verstärken. Es wird immer deutlicher werden, dass die neuen wirtschaftlich-finanziellen Gewalten nicht das Ergebnis von Gewährenlassen sein dürfen, sondern politisch gestaltet werden müssen. Und das bedeutet: *Das gesamte bis heute aufgebaute asymmetrische Gleichgewicht der europäischen Integration wird in den kommenden Jahren von Grund auf in Frage gestellt werden müssen.*

XX

Wird die Grundsatzdiskussion über diese Infragestellung die Aufgabe des Europaparlaments sein? Das ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass das Europaparlament an Macht gewinnt – und also die Entscheidungen der neuen meta-staatlichen Einrichtungen immer mehr an sich bindet. Es wäre denkbar, dass

dieser Machtgewinn – der in jedem Fall ein politischer sein wird – dem Stabilitäts-postulat grundsätzlich nicht widerspricht. Dies freilich nur unter der Bedingung, dass das europäische Parlament wirklich ein *europäisches* sein kann und also auf staatlich-nationale Ansprüche nur mehr in sehr geringem Maß Rücksicht nehmen muss – was heute noch nicht ausreichend der Fall ist.

Diese Perspektive liegt nicht außerhalb der realen Welt. Sie ist aber mit Sicherheit nicht unmittelbar zu verwirklichen. Die Hürden, die sich ihr in den Weg stellen, sind augenfällig: das Europäische Parlament wird sich einerseits, losgelöst vom Schutz der einzelnen Staaten, als gesamteuropäisches *System* konstituieren müssen, das für die Irreversibilität der Integration bürgt. Zugleich aber wird es sein Augenmerk und seine Anstrengung verstärkt auf die Anerkennung regionaler und urbaner *Eigenarten* richten müssen, denn diese sind die wirklichen Komponenten, die den europäischen Raum aufbauen.

XXI

Der Nationalstaat, dieses mächtige *politische* Konstrukt des modernen Geistes, scheint in mittel- bis langfristiger Perspektive in Europa dem Untergang geweiht. Seine Endzeit steht unter der Einwirkung zweier Kräfte, die bislang wenig zusammenspielen. Die *eine* ist die wirtschaftlich-technische Globalisierung. Die *andere* ist das Netz der Autonomien und der Lokalkörperschaften, die sich der Nationalstaat im Lauf seiner Geschichte immer wieder einzuverleiben versucht hat – und die er nun, da er sich allmählich in der europäischen Einigung auflöst, in eine neue Freiheit entlassen muss. Im Jargon der Verwaltungsfachleute ausgedrückt: Es wird in den kommenden Jahren verstärkt um Sinn und Umfang von *Subsidiarität* als Prinzip europäischer Einigung gehen. Es ist heute sichtbar, dass dieses Prinzip als ausgleichende Gegenkraft zum gewaltigen Angleichungs-Sog des europäischen Integrationsprozesses wirkt. Subsidiarität ist wertvoll, wenn es um *wirtschaftliche* Effizienz geht. Doch um sie vollends zu aktivieren und zu nutzen, müssen auch die *politischen* Einrichtungen regional-urbaner Autonomien anerkannt werden.

XXII

Allerdings ist es vorläufig noch nicht gelungen, die *Grenzen* des Subsidiaritäts-Prinzips festzulegen. Subsidiarität kann Synergien zwischen den Zuständigkeiten und Einrichtungen der verschiedenen Ebenen einer föderalistischen Gesamtstruktur bedeuten. Sie kann aber auch im Gegenteil dort, wo Stabilitätsfaktoren ausfallen,

dafür sorgen, dass andere öffentliche Einrichtungen oder Privatpersonen subsidiäre Aufgaben übernehmen, also im Gegensatz zur zentralen Verwaltung unterstützend eingreifen. Nach meinem Empfinden wird Subsidiarität gegenwärtig eher im zweiten Sinn ausgelegt: verstanden als – letztlich im Sinn der großen Gemeinschaftsziele wenig belangvolle – Ausgleichsmaßnahme zu den Angleichungsmechanismen und meta-politischen Gewaltenkonzentrationen der europäischen Gemeinschaft.

XXIII

Das Problem bei alledem besteht darin, dass das Europäische Parlament diese bisherige Auslegung von Subsidiarität kaum auf lange Sicht teilen können – es sei denn, es präsentiert sich als Parlament eines neuen europäischen Makro-Zentralstaates. Das würde bedeuten, dass es sich die absolutistische, bürokratisch-zentralistische Optik des klassischen Nationalstaates zu Eigen macht, nur auf größerer Ebene. Dadurch verlöre es aber sein Image der direkten, nicht-zentralistischen demokratischen Legitimation durch die europäischen Bevölkerungen, die unersetzlich ist, gerade um die einzelnen, alten Nationalstaaten zu überwinden. Auch in diesem Bereich, so zeichnet es sich ab, wird nur *eine* Entscheidung in Frage kommen. Sie ist, als Ergebnis einer dem Wesen nach *politischen* Auseinandersetzung und eines *politischen* Konflikts, nicht eine wirtschaftliche, sondern eine *politische* Entscheidung.

XXIV

Zusammenfassend werden *zwei* Haupttendenzen der europäischen Entwicklung künftig zueinander in Widerstreit treten: Einerseits die „starke“, zentralistische, die auf der Auffassung von „schwacher“ Subsidiarität und von „absoluter“ Souveränität des *fundamentum inconcussum* Stabilität beruht. Andererseits die föderalistische, die auf der Synergie zwischen zwar nicht schwachen, aber für klar eingeschränkte Bereiche zuständigen Souveränitäten aufbaut, wobei sich Souveränität in diesem zweiten Fall als im Lokalen ursprünglich und nicht von oben abgeleitet versteht.

Wenn auch die Entscheidung mittel- bis langfristig zugunsten des föderalistischen Modells fallen dürfte, so ist dabei jedoch auch klar, *dass die föderalistische Perspektive grundsätzlich niemals die gewünschte irreversible Stabilität gewährleisten kann*. Ein föderalistisch gedachter Integrationsprozess Europas kann nur über eine komplexe Vielzahl *politischer* Vertragswerke und Vereinbarungen ablaufen, ist also faktisch stets *durch radikale Reversibilität gekennzeichnet*, da politische Abmachungen immer reversibel sind. Das heißt: ein *solcher* – politischer – Vereinigungsprozess

folgt einer höchst veränderlichen Geometrie und ist demnach auch allen damit verbundenen Gefahren ausgesetzt.

XXV

Von welchem Föderalismus kann – und soll – nun bei alledem in produktiv-fortschrittlicher Blickrichtung die Rede sein?

Wenn wir uns Europa als *Konföderation souveräner Staaten* denken, dann steht diesen souveränen Staaten zwangsläufig auch das Austrittsrecht aus dem Bündnis zu. Wenn wir aber eine *Föderation im eigentlichen, stabilen Gemeinschafts-Sinn* meinen, dann muss festgelegt werden, welche Institutionen den Mitgliedsstaaten übergeordnet sind, wem also alle Bürger eines tatsächlich Vereinigten Europa direkt und unmittelbar unterstehen. Nur auf der Grundlage dieses zweiten Falls könnte Europa als ein Europa der Regionen (und der Städte) neu entworfen werden, und zwar nach einer „Geometrie“, die keinerlei Hoheitsgrenzen nach dem Muster der alten Staaten, aber letztlich auch keinerlei anderer gebietsmäßig eingrenzender Hoheiten mehr vorsieht. Ist diese Perspektive unter jenem ökonomischen „Binnenfrieden“, den allem Anschein nach gegenwärtig allein die Einheit garantieren kann, überhaupt zu verwirklichen? Und wenn ja, wie?

XXVI

Besser als *die Politik* verträgt sich offenbar *die Technik* mit der Wirtschaft. Die radikal modernistische Option einer *technischen* Gemeinschaftsregierung, die in der Hauptsache Wirtschafts-, Finanz- und Marktangelegenheiten regelt und allen anderen Zuständigkeiten nur eine unterstützende Funktion zuweist – kann diese Option heute und künftig noch ernsthaft in Erwägung gezogen werden?

Die Antwort ist nicht einfach. Aufzuzeigen, welche Probleme *ihrer Natur nach* außerhalb des eindimensional dominanten wirtschaftlich-finanziellen Handlungsspielraums stehen und damit unter dem gegenwärtigen Einigungsparadigma ungelöst bleiben müssen, ist das eine. Diese Probleme mit neuen Mitteln zu lösen, ist etwas anderes. Normalerweise verstehen wir heute in der westlichen Kultur den Begriff *technische Regierung* nicht in seiner engsten Bedeutung. Sondern wir verstehen ihn, in einer Deformation unseres Verstehens selbst, vielmehr meist als *Regierung der Technik*.

Die Technik ist, wie ein vorausgehender Band des Herausgebers aufgezeigt hat¹, in der Tat die allumfassende Dimension europäischen (und westlichen) Lebens geworden. Vielleicht war sie es schon von Anbeginn an. Die Folge: Wir verstehen heute unbewusst unter einer *technischen Regierung* stets schon eine *Regierung der Technik* – also eine Regierungsform, die sich nicht mehr in erster Linie über „archaische“ Demokratieprozeduren, sondern über die *Beherrschung unserer Lebenswelt* legitimiert. Wir verstehen darunter eine Regierungsform, die garantiert keine Einzel- oder Gruppeninteressen fördert, sondern „neutral“ bleibt, dafür aber die epochale Grundtendenz: den irreversiblen und progressiven Aufbau der universalen Herrschaft der Technik fördert. Wir missverstehen den Begriff *technische Regierung* damit oft als eine Regierungsform, die voller (naiver) Hoffnung an einem Wandel der Technik von der Summe von Geräte hin zu einer Lebensraumstruktur arbeitet.

Genau in diesem Begriffs-Verständnis, das sich immer weiter verstärkt, liegt eine *Revolution* des klassischen europäischen Politikverständnisses. Diese Revolution bringt die traditionellen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Mittel und Zweck gegenwärtig ins Wanken. Sie bewirkt eine Umwälzung, die uns über den Untergang der Politik und jener großen politischen Erscheinungen nachdenken macht, die die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in der europäischen Kultur geprägt haben.

XXVII

War aber letztlich nicht bereits die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gerade in „technischer“ Hinsicht der eigentliche Beginn unseres dritten Jahrtausends? Und zwar insofern, als sie das „große“ Politische der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach und nach in eine *Schwäche* überführt hat, die heute für die Wirklichkeit des Politischen in Europa charakteristisch ist? Und was bedeutet das für die kommenden Jahre?

Was wir heute vorhersagen können, ist eines: dass Europa nicht mehr Europa sein würde, wenn, um Hegel zu zitieren, das Prinzip „Festwerden an der Erdscholle“, anders gesagt: wenn wirtschaftliche Stabilität und technische Angleichung *allein* den Ausschlag für die Wirklichkeit des Kontinents geben würden. Wenn Europa zu einem rein „erdhaften“, unveränderbaren ökonomisch-technischen Schutzraum, einem lediglich der eigenen Bewahrung zugewandten Ort unter „stabilen“ Opti-

1 R. Benedikter (Hrsg.): *Italianische Technikphilosophie für das 21. Jahrhundert*, Reihe Problemata, Band 145. Frommann-Holzboog Verlag, Stuttgart 2002.

mierungsgesichtspunkten würde, dann wird es kein Europa mehr sein, sondern nur mehr die Erinnerung daran.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass ein neuer europäischer *Nomos* für das 21. Jahrhundert nur *ohne* eine fundamentale Gebundenheit an den Ort der Ordnung und an eine feste Geometrie gedacht werden kann. *Alle Schwachstellen, alle Widersprüchlichkeiten, alle Zweifel, die wir in jüngster Zeit als Merkmale an dem spezifisch europäischen Politischen ausgemacht haben, bedingen zwar seine Schwäche und Verletzlichkeit, sind zugleich aber seine unvergleichliche Chance.*

XXVIII

Was bedeutet das? Und wo liegt die Perspektive?

Die Zukunft wird zeigen: Gerade über manche noch nicht verheilten nationalistischen Wunden, die in der Krise Europas neu aufbrechen, kann sich eine föderalistische Idee einstellen, die im eigentlichen Sinn des Wortes auf die *Urform Europas* als *Archipel* zurückverweist: auf ein Netz aus verschiedenen beschaffenen Individualitäten, *zusammengehalten eben von ihrer Unterschiedlichkeit*. Es sind politische Individualitäten, die dem Dialog und der gegenseitigen Wahrnehmung ausgeliefert sind, und die ohne den Bezug zum Anderen unfähig sind, sich selbst zu erkennen. Dieses Gebilde würden die Gelehrten des scholastischen Mittelalters eine *communitas analogiae* genannt haben – nämlich eine Gemeinschaft, in der kein Element für sich allein, sondern alle nur durch den Bezug aufeinander bestimmt werden können, in der wir aber dennoch nicht durch einen relativistischen Dogmatismus oder dogmatischen Relativismus zu indifferenter Wesenslosigkeit verdammt sind.

Dieses Gebilde, das Europa sein soll und sein muss, wenn es Europa sein soll und weil es Europa ist, erfordert im verbleibenden 21. Jahrhundert verstärkte *politische Kommunikation*. Eine neue politische Kommunikation jenseits der Ideologien und Nationalsprachen allerdings. Ihre Sprache kann und darf dabei nicht die der rein technischen *Information* sein. Wird es uns gelingen, zusätzlich zu einer neuen Staatsform auch eine neue Form der *Kommunikation* für das geeinte Europa zu erfinden? Oder anders – und viel weitreichender – gefragt: *Kann es auch eine kommunikative transnationale Politik jenseits des Staates geben?*

Gerade die Entwicklung einer solch neuartigen Politik ist meines Erachtens die große Herausforderung, der sich die Völker Europas nun stellen müssen. Und zwar *mittels der politischen Schwäche*, mit ihr, und sie aktiv als *Chance* nutzend. Europas Vielgestaltigkeit bedingt seine Schwäche. Doch gerade diese Schwäche ist Europas größtes Potential. *Daher sollten wir Schwäche zum politischen Leitprinzip der weiteren europäischen Entwicklung machen.*



<http://www.springer.com/978-3-658-11023-9>

Italienische Politikphilosophie

Benedikter, R. (Hrsg.)

2016, VI, 177 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-11023-9